

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 19. Dezember 1953

Blatt 2332

Wiener Gemeinderat

=====

19. Dezember (RK) Nach Abschluß der Budgetberatungen für die Hoheitsverwaltung schritt der Wiener Gemeinderat gestern abend noch zur Erledigung der restlichen Tagesordnung.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referierte über einen Antrag, den Beitrag für die Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien bis 31. Dezember 1954 weiterhin in der Höhe von 4.2 Prozent einzuheben. Mit Gemeinderatsbeschluß vom 30. Juni 1950 wurde der Beitrag mit 4.2 Prozent festgesetzt und in Aussicht genommen, ihn ab 1952 auf 4.1 zu ermäßigen. Dies konnte bisher nicht durchgeführt werden, so daß bereits zweimal die Einhebung des höheren Betrages um ein Jahr verlängert werden mußte. Auch im kommenden Jahr wäre es nicht möglich, mit den verminderten Einnahmen das Auslangen zu finden. Die 4.2 Prozent werden je zur Hälfte von Dienstgeber und Dienstnehmer getragen. Die Stadt Wien gewährt überdies einen Zuschlag von 0.2 Prozent für erweiterte Heilfürsorge; der Dienstnehmer steuert 0.3 Prozent zur Deckung der Wiederaufbaukosten des "Sanatorium Hera" bei. Der Gesamtbeitrag beträgt demnach 4.7 Prozent.

In der Debatte spricht sich GR.Dr. Altmann (LBl.) zwar grundsätzlich für die Berechtigung des Referentenantrages aus, äußerte jedoch Bedenken darüber, daß die Beitragserhöhung neuerlich beschlossen wird, ohne eine grundsätzliche Änderung des Statutes der Krankenfürsorgeanstalt vorzunehmen. Eine Satzungsänderung wurde vom Vorstand bereits beraten, doch wurde sie vom Magistrat offenbar auf die lange Bank geschoben.

GR. Skokan (ÖVP) sagt, daß fast alle Krankenversicherungen notleidend sind. Auch im Fall der Krankenfürsorgeanstalt müssen daher Opfer gebracht werden. Der Redner appelliert an die Bediensteten, Heilmittel nicht zu verschwenden. Der Heilmittel nicht zu verschwenden. Der Heilmittelverbrauch ist um 35 Prozent gestiegen. Durch Einsparungen könnte man dazu beitragen, das Defizit abzubauen. Im übrigen gab er die Zustimmung zu dem Antrag des Referenten.

In seinem Schlußwort sagt Stadtrat Sigmund, auch die Verhältnisse in der Krankenfürsorgeanstalt müßten mit denen der Wirtschaft in Einklang gebracht werden. Die Einsicht dazu ist vorhanden, und man wird versuchen, die Ausgaben den Einnahmen anzugleichen. Hier handelt es sich darum, einen Beschluß, der im Vorstand der Anstalt bereits gefaßt wurde, im Gemeinderat zu vervollständigen. Der Referent ersuchte nochmals um Zustimmung zu seinem Antrag.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten gegen die Stimmen des Linksblock angenommen.

Stadtrat Besch (SPÖ) referiert über die Hebesätze der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 1954. Wie er ausführt, unterliegt die Festlegung der Höhe der Hebesätze im Rahmen der im Finanzausgleichsgesetz festgesetzten Höchstsätze dem freien Beschlußrecht der Gemeinden. Es wird beantragt, die Hebesätze für das Jahr 1954 in der gleichen Höhe zu belassen wie bisher. Sie betragen daher: bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 400 von hundert der Steuermessbeträge, bei der Grundsteuer von den Grundstücken das Doppelte der Erstarrungsbeträge, in gewissen Sonderfällen 408 vom Hundert, sonst 416 vom Hundert der Steuermessbeträge; bei der Gewerbesteuer 300 vom Hundert und bei der Lohnsummensteuer zwei vom Hundert.

GR. Dr. Fiedler (ÖVP) spricht in der Debatte über die Verdienste des Bundeskanzlers und des Finanzministers um das Zustandekommen der Gewerbesteuerreform. Durch den neuen Steuertarif wird das Verhältnis zwischen Einkommen- und Gewerbesteuer annähernd so wie 1945 hergestellt. Mit diesen gesetzlichen Maßnahmen ist ein wirksamer Schritt zur Hilfe für die kleinen Gewerbetreibenden getan worden.

Wenn Stadtrat Resch befürchtet, daß ihm durch das neue Gewerbesteuergesetz Mindererträge Sorgen bereiten werden, sagte der Redner, so glaube ich, daß man doch der optimistischen Einstellung des Finanzministers folgen müßte (Beifall bei der ÖVP). Im übrigen gab er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu dem Antrag des Referenten.

Stadtrat Resch antwortet dem Debattenredner, er wolle seinem Loblied über die Gewerbesteuerreform nichts wegnehmen. Der Referent stellte aber richtig, es sei kein übertriebener Pessimismus, anzunehmen, daß die Einnahmen sinken werden. Das ist in diesem Gesetz eine Selbstverständlichkeit, denn alle Gewerbeerträge bis 72.000 Schilling werden die Steuerermäßigung bekommen. Da diese Beträge in der großen Masse bestehen, so muß der Ertrag der Steuer zwangsläufig sinken. Im übrigen sei er bereit, den kleinen Gewerbetreibenden weitere Ermäßigungen zukommen zu lassen, wenn die Volkspartei zustimmt, daß sie in den oberen Kategorien wieder hereingebracht werden können. Was das Verdienst anlangt, so ist es leicht, die Reform einer Steuer zu beantragen, die einem nicht gehört; die Gewerbesteuer fließt nämlich zur Gänze den Gemeinden zu.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Stadtrat Thaller (SPÖ) referiert über einen Antrag, den Wiederaufbau der Schwedenbrücke grundsätzlich zu genehmigen. Augenblicklich ist die Rotundenbrücke in Bau, als nächste soll nun die Schwedenbrücke darankommen. Man hoffte ursprünglich, alte Teile wiederverwenden zu können: es hat sich aber herausgestellt, daß die Brücke vollkommen neu errichtet werden muß. Die voraussichtlichen Kosten betragen 10 bis 12 Millionen Schilling. Um nun sofort nach Fertigstellung der Rotundenbrücke den Wiederaufbau der Schwedenbrücke beginnen zu können, wird beantragt, den Bau zu genehmigen und für die Vorarbeiten einen Betrag von 200.000 Schilling im Budget 1954 sicherzustellen.

GR. Dr. Altmann (LBl) sagt, er hoffe, daß es bei den 200.000 Schilling nicht bleiben wird, die nur knapp für die Ausschreibung und die Entwürfe reichen werden. Wenn die Schwedenbrücke gebaut ist, wird auch das Wesentliche getan

sein, soweit es den Donaukanal betrifft. Der Redner erinnert aber bei dieser Gelegenheit an die Notwendigkeit zum Bau einer neuen Brücke über den Donaustrom. Es wäre dringend notwendig, daß die zuständigen Ämter ernstlich daran gehen, die Projektierung einer solchen Brücke in Angriff zu nehmen.

Stadtrat Thaller verzichtet auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Honay berichtet über eine Neuregelung der Kindergartenbeiträge. Danach sollen ab 1. Jänner das Besuchsgeld und der Ausspeisungsbeitrag neu festgesetzt werden. Das Besuchsgeld wird in den Säuglings- und Kleinkinderkrippen bei einem Monats-Nettoeinkommen der Eltern bis 1.500 S mit 30 S, bis 2.000 S mit 35 S, bis 2.500 S mit 45 S, bis 3.000 S mit 55 S und über 3.000 S mit 70 S wöchentlich festgesetzt. In den Kindergarten- und Hortabteilungen für Kinder von zwei bis vierzehn Jahren werden die Beiträge bei gleicher Einkommenstaffelung mit 6 S, 9 S, 12 S, 15 S und 20 S festgelegt. Der Ausspeisungsbeitrag erfährt eine Erhöhung von 10 auf 13 S. Mit Ausnahme dieser Erhöhung für den Ausspeisungsbeitrag, die durch Verbesserungen der Speisen und Wegfall von Spenden erforderlich wurde, erfahren die Beiträge für Eltern mit einem Nettoeinkommen bis zu 1.500 S monatlich keine Erhöhung. Bei Familien mit mehr als einem Kind wird das für die Beitragsleistung maßgebende Nettoeinkommen um 300 S je Kind niedriger angesetzt. Nach den bisherigen Erhebungen wird für 59.6 Prozent der Kinder keine Erhöhung eintreten.

Der Referent verweist auf den sozialen Charakter der Staffelung und auf die Notwendigkeit der Erhöhung, die zum Ausbau der Kindergärten beitragen soll.

GR. Lauscher: Die Mehrheit des Hauses spricht von einer Neuregelung und hat offensichtlich nicht den Mut, auszu- drücken, daß es sich in Wirklichkeit um eine Erhöhung der Beiträge handelt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Gemeinde doch ein Interesse daran haben müßte, alle Kinder, die es brauchen, in ihren sozialpädagogischen Einrichtungen zu betreuen.

In der Praxis wird die vorgeschlagene Erhöhung dazu führen, daß Eltern davon abgehalten werden, ihre Kinder diesen sozialpädagogischen Einrichtungen der Gemeinde Wien anzuvertrauen. Deshalb sind wir der Meinung, daß sich die Gemeinde damit begnügen müßte, nur einen Anerkennungsbeitrag einzuheben, um den vorbeugenden Charakter dieser Jugendfürsorge zu erhalten. Die Erhöhung der Auspeisungsbeiträge wird den Lebensunterhalt der Eltern ebenfalls erschweren. Wir können daher der vorliegenden Erhöhung unsere Zustimmung nicht geben.

GR. Kowatsch (ÖVP): Wir wissen, daß es traurig ist, wenn die Mutter, weil sie zum Haushalt beitragen muß, ihr Kind nicht selber betreuen kann und gezwungen ist, es der Kinderkrippe zu übergeben. Wir wissen aber auch, daß wir in unserer jetzigen Situation noch nicht die richtige Abhilfe schaffen können. Darum müssen wir dafür sorgen, daß wenigstens die Kosten für die Betreuung dieser Kinder nicht noch eine schwere Belastung für die Familie bedeuten. Wir sind dafür, daß sozial gestaffelt wird, aber nicht dafür, daß jene gesteigert werden, die das als Härte empfinden müßten. Deshalb freuen wir uns, daß es ^{uns} gelungen ist, die vorgesehene Steigerung um 50 Prozent herabzudrücken. Leider ist es uns nicht gelungen, eine Ermäßigung bei den Kindergärten durchzusetzen. Wir hoffen aber, daß der amtsführende Stadtrat Honay dafür sorgen wird, daß die beantragte Erhöhung auf Grund der sozialen Familienverhältnisse entsprechend ermäßigt wird. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Honay verweist in seinem Schlußwort darauf, daß in den Säuglingskrippen und Kleinkinderkrippen nur 392 Kinder unter die Skala fallen. Es entspricht dem Wesen der Demokratie, daß Einwendungen, deren Berechtigung anerkannt werden muß, selbstverständlich auch Folge gegeben wird. Der Grund für die Erhöhung liegt nicht darin, daß wir ein neues Prinzip in der Fürsorge schaffen wollen, sondern in der Tatsache, daß jeder nach seiner sozialen Lage verpflichtet werden muß, seinen Beitrag für die Fürsorge zu leisten. Wir sind daran interessiert, daß die Kinder der wirtschaftlich Schwachen die Kindergärten besuchen. Das ist in dieser Vorlage nach Möglichkeit berücksichtigt. Wir werden die sozialen Belange keineswegs vernachlässigen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der WdU und des Linksblocks angenommen.

Von GR. Lauscher und Genossen wurde ein dringlicher Antrag, betreffend Auszahlung einer Weihnachtsunterstützung an alle Dauerbefürsorgten der Stadt Wien, eingebracht. In Begründung der Dringlichkeit erinnert GR. Lauscher daran, daß es schon eine Tradition der Gemeinderäte des Linksblocks sei, jährlich einen solchen Antrag zu stellen. So auch heuer am 30. Oktober. Der Antrag wurde im zuständigen Ausschuß behandelt. Entgegen der bisherigen Behandlung in früheren Jahren anerkannten alle Fraktionen die Berechtigung der Forderung. Auch Vizebürgermeister Honay habe erklärt, es sei notwendig, diesen Ärmsten zu Weihnachten eine zusätzliche Unterstützung zu geben. Als Begründung für die Ablehnung habe er aber angeführt, daß dadurch der Bund in eine schwierige Lage gegenüber den Rentnern der Sozialversicherung käme. In den letzten Tagen hat sich nun die Rentenversicherung der Angestellten entschlossen, ihren Rentnern zusätzlich eine Weihnachtsunterstützung zu geben. Da hier bereits ein Durchbruch erfolgt ist, sollte man sich dieser berechtigten Forderung nicht länger verschließen.

Dem Antrag wird gegen die Stimmen des Linksblocks und **der** WdU die Dringlichkeit nicht zuerkannt und die weitere Behandlung dem Magistrat übertragen.

Die USIA-Schulden an die Gemeinde Wien

Auf Verlangen der GR.Dr. Stemmer (SPÖ) und Genossen verlas die Schriftführerin Gemeinderätin Maria Jacobi (SPÖ) die Beantwortung einer Anfrage der GR. Adelpoller (SPÖ) und Genossen, betreffend Strom- und Gasschulden der USIA-Betriebe, durch den Bürgermeister der Stadt Wien.

In dieser Anfragebeantwortung wird festgestellt, daß viele USIA-Betriebe entgegen den festgesetzten Bestimmungen die rechtzeitig gelagten Rechnungen nicht ordnungsmäßig begleichen.

Dieses Verhalten hat dazu geführt, daß die Rückstände an fälligen Strom- und Gasgebühren am 10. Oktober 1953 mit 13,122.345 Schilling den Höchststand erreicht haben.

Ausführlich werden die Bemühungen der Stadtverwaltung geschildert, durch Unterredungen mit russischen Stellen eine Begleichung der Rückstände zu erreichen. Erst gegen Mitte des laufenden Jahres gelang es, zumindest ein Zahlungsübereinkommen als Teillösung zwischen den Wiener Stadtwerken, der USIA-Verwaltung und der Ferngas-A.G. abzuschließen. Dieses Zahlungsabkommen ist zeitlich bis 31. Oktober 1953 beschränkt.

In Auswirkung dieses Übereinkommens betragen laut Bericht der Wiener Stadtwerke die Außenstände der USIA-Betriebe am 24. November 1953 beim Wiener Elektrizitätswerk 5,568.079 Schilling und beim Wiener Gaswerk 2,889.178 Schilling, insgesamt bei den Wiener Stadtwerken 8,457.257 **Schilling**.

An einer Besprechung am 25. November 1953 mit dem Generaldirektor-Stellvertreter der USIA-Betriebe im Trattnerhof hat auch der Leiter der Finanzabteilung des Wiener Magistrates teilgenommen und die Begleichung der mit Stichtag vom 24. August 1953 aufgelaufenen Steuer- und Gebührenschulden in Höhe von 19,713.302 **Schilling** urgirt. Es gibt aber USIA-Betriebe, die sich sogar der Abrechnungspflicht nicht unterwerfen und keine Revision zulassen, sodaß das Ausmaß ihrer Steuerschuld nicht ermittelt werden kann. Die tatsächlichen Rückstände sind daher bei diesen Abgaben noch höher anzunehmen.

Der Generaldirektor-Stellvertreter der USIA-Betriebe hat zugesagt, die berechtigten Forderungen der Stadt Wien zu überprüfen und die Begleichung der Außenstände in die Wege zu leiten.

Die Anfragebeantwortung des Bürgermeisters Jonas schließt: Falls dieser von der Gemeindeverwaltung unternommene letzte Versuch zur Hereinbringung der Außenstände auch ergebnislos bleiben sollte, bleibt dann kein anderes Mittel mehr übrig, als mit einer Abschaltung der säumigen Zahler von Strom und Gas vorzugehen. Die Verantwortung für die Konsequenzen, die sich aus dieser Maßnahme ergeben könnten, hätte die Verwaltung der USIA-Betriebe selbst zu übernehmen.

(Unterbrechung des Gemeinderatsberichtes)

Das Gebot der Stunde:Sparen mit Wasser!
=====

19. Dezember (RK) Wie allgemein bekannt, sind überall nicht nur die Quellschüttungen sondern auch die Grundwasserstände durch die anhaltende Trockenheit in katastrophalem Maße zurückgegangen, sodaß bereits in vielen Orten Österreichs ausgesprochene Wassernot herrscht, wobei bei einsetzendem Frost noch eine weitere Verschärfung zu erwarten ist.

Auch die Quellschüttungen der beiden Hochquellenleitungen und die Grundwasserstände der zugehörigen Schöpfwerke gehen ständig zurück. Bei Einsetzen von Frost ist mit weiteren Rückgängen zu rechnen. Wenn auch die derzeit zur Verfügung stehenden Wassermengen für die Wasserversorgung Wiens noch ausreichen, ist es ein Gebot der Stunde, die Bevölkerung schon jetzt aufzurufen, ihren Wasserbedarf möglichst einzuschränken und mit dem Wasser sparsam umzugehen sowie insbesondere alle Undichtheiten und Gebrechen sofort beheben zu lassen, damit Störungen in der Wiener Wasserversorgung und die Anordnung einschneidender Sparmaßnahmen vermieden werden können.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge
=====

19. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 24. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Eichbüchel" gebracht wurden, am Montag, dem 21. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 14.30 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

19. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2340

Neue Warnsignale

=====

19. Dezember (RK) Nach einer Verlautbarung der Magistratsabteilung 29, Hafenverwaltung, werden ab Mittwoch, den 23. Dezember, 11 Uhr, zwei Kreuzungen der städtischen Hafenbahn Lobau mit der Mühlwasserstraße im 22. Bezirk durch automatische elektrische Warnsignalanlagen gesichert werden.

Die erste Kreuzung befindet sich 250 m östlich der Unterführung der Hafenzufahrtsstraße unter der Ostbahn, die zweite liegt unmittelbar gegenüber der Gastwirtschaft "Blauer Hecht". Die Warnsignale zeigen außer den Warnkreuzen zwei untereinander angeordnete Blinklichter. Weißes Blinklicht, 45mal in der Minute, bedeutet "frei" für Fußgänger und Straßenfahrzeuge; rotes Blinklicht, 90mal in der Minute, heißt "halt!"

Steigendes Interesse für "Das gute Bild für jeden"

=====

19. Dezember (RK) Die in den Räumen der Wiener Secession gezeigte Weihnachtsausstellung "Das gute Bild für jeden", die bekanntlich vom Amt für Kultur und Volksbildung gemeinsam mit allen Wiener Künstlerverbänden veranstaltet wird, erfreut sich eines regen Interesses des Publikums. 20.000 Personen besuchten bereits die Ausstellung, in der Aquarelle mit dem Höchstpreis von 400 S und Graphiken von 300 S käuflich zu erwerben sind und sofort ausgefolgt werden. Bis jetzt wurden 231 Arbeiten zu einem Gesamtbetrage von 57.000 S verkauft.

Die Ausstellung ist bis 30. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Zu Weihnachten: Autobus-Nachtverkehr

=====

19. Dezember (RK) An den Weihnachtsfeiertagen wird in den Nächten von Donnerstag, den 24., auf Freitag, den 25. Dezember, und von Freitag, den 25., auf Samstag, den 26. Dezember, ein Autobus-Nachtverkehr mit der gleichen Linienführung wie in den Nächten von Samstag auf Sonntag geführt.

75. Geburtstag von Karl Przibram

=====

19. Dezember (RK) Am 21. Dezember vollendet der Wiener Physiker Prof. Dr. Karl Przibram sein 75. Lebensjahr.

Nach Absolvierung der Hochschulstudien habilitierte er sich 1905 an der Universität seiner Vaterstadt, an der er in der Folge als akademischer Lehrer und Forscher eine rege Wirksamkeit entfaltete. 1920 begann seine Tätigkeit am Institut für Radiumforschung, 1940 ging er nach Belgien, 1946 kehrte er nach Wien zurück und übernahm die Leitung des II. Physikalischen Institutes. Das Lebenswerk Prof. Przibrams, der wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist, betrifft das breite Gebiet der modernen Atomistik, die er durch experimentelle Arbeiten wesentlich gefördert hat. Er entdeckte die Radiophoto-Luminiszenz, deutete Mineralverfärbungen, untersuchte die elektrischen Eigenschaften von Nebeln, Entladungen in Gasen und Flüssigkeiten und behandelte u.a. Fragen der Ionenbeweglichkeit sowie der Kondensation von Dämpfen. Seine Ergebnisse sind in zahlreichen Veröffentlichungen enthalten.

Pferdemarkt vom 17. Dezember

=====

19. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 26 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 25, als Nutztier 1, verkauft. Der Marktverkehr war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 7, Niederösterreich 12, Oberösterreich 5, Burgenland 2.

Nach amerikanischem Vorbild:Neue Betonfahrbahn Lerchenfelder Gürtel
=====

19. Dezember (RK) Gestern wurde, nachdem erst am 11. November mit dem Bau begonnen worden war, die Betonierung der Fahrbahn auf dem Lerchenfelder Gürtel zwischen Kandlgasse und Lerchenfelder Straße beendet.

Die reine Betonierzeit betrug 21 Tage, die Fläche rund 8.000 Quadratmeter und die Tageshöchstleistung 580 Quadratmeter, sie war mehr als 50 Prozent höher als sie bisher im Straßenbau im Sommer erzielt wurde. 80 Arbeiter waren durchschnittlich beschäftigt.

Die Arbeit erfolgte mit allen Vorsichtsmaßnahmen gegen Frost, wie: Strohummüllung des Betons, warmes Wasser, Schotterheizung, Frostschutzmittel und Zusatz von Harzen nach amerikanischem Vorbild, um durch Luftbläschenbildung den Beton geschmeidiger zu machen und so den Bedarf des Betons an dem Schmiermittel Wasser und damit die Frostgefahr herabzusetzen. Statt der für die Erhärtung wichtigen Wasserspritzung wurde eine Abdeckung mit Asphaltpapier vorgenommen um so die Wasserverdunstung des Betons zu verhindern ohne Frostgefährdung für den Beton.

Obwohl zeitweise ziemlich starker Frost herrschte, konnte wegen der technischen Vorkehrung ständig gearbeitet werden. Der in der Kälte dampfende Beton, der von der Betonfabrik am Westbahnhofvorplatz stetig zugeführt wurde, bot ein merkwürdiges winterliches Schauspiel am Gürtel.

Der Versuch, eine Betonfahrbahn im Winter herzustellen, ist gelungen. Die erzielten Festigkeiten werden plattenweise durch Kugelschlagproben kontrolliert und die Fahrbahn dementsprechend freigegeben werden. Die Erfahrungen haben zu weiteren Verbesserungen der Winterbaumethoden für Betonstraßen Anregung gegeben.

Musikveranstaltungen in der Woche vom 21. bis 27. Dezember

19. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 21. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Jugendkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Franz Litschauer)
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Aufführung der Tanzspiele "Der Schulmeister" und "Aschenbrödel - einmal anders" (für Schüler)
Dienstag 22. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Jugendkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Prof. Hans Swarowsky)
Freitag 25. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Kompositionskonzert Heinrich Strecker (anlässlich seines 60. Geburstages)
Samstag 26. Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 6. Nachmittagskonzert; Dirigent Dr. Gustav Koslik (Werke von Brahms, Schumann und Moussorgski-Ravel)
	Mozartsaal (KH) 15.30	Konzert der Konzertvereinigung blinder Künstler

Die besten November-Plakate

19. Dezember (RK) Die beiden Plakate "Bensdorp das schwere Gewicht", Entwurf Atelier Schaupp und "Fewa die sanfte Wäsche", Entwurf Franz Bloemecke, wurden vom Wertungskollegium der Plakatwertungsaktion des Amtes für Kultur und Volksbildung als die besten Plakate des Monates November ausgewählt.

Die beiden prämierten Plakate werden wieder auf den von der Gewista zur Verfügung gestellten Plakatwänden in der Kärntner Straße (Heinrichshof) und am Stephansplatz gegenüber dem Riesentor der Stephanskirche angeschlagen.

Wirtschaftspläne und Bilanzen der Städtischen Unternehmungen
=====

Stadtrat Dkfm. Nathschläger berichtet über die Bilanzen des Jahres 1952 und sodann über die Wirtschaftspläne für 1954 der Wiener Stadtwerke und der anderen Städtischen Unternehmungen.

Erstmalig aktive Bilanz der Stadtwerke

Im Jahre 1952 konnten die Wiener Stadtwerke erstmalig seit längerer Zeit mit einem aktiven Abschluß aufwarten. Das E-Werk steigerte den Stromverkauf mit 831 Millionen Kilowattstunden um etwa 4 Prozent gegenüber 1951. Das Gaswerk setzte 318 Millionen Kubikmeter Gas ab und verkaufte 343.000 Tonnen Koks. Die Verkehrsbetriebe beförderten 534 Millionen Fahrgäste. Der Rechnungsabschluß für 1952 schließt bei Ausgaben von 1.913 Millionen und bei Erträgen von 1.915 Millionen mit einem Überschuß von 1,8 Millionen Schilling; veranschlagt war ein Abgang von 20,5 Millionen. Das E-Werk erzielte einen Überschuß von 20 Millionen, das Gaswerk von 10 Millionen, während bei den Verkehrsbetrieben ein Abgang von 28 Millionen festzustellen war. Bei den Stadtwerken trat eine Personalreduktion um 450 Personen auf 19.659 Aktive ein. Der Stand der Pensionsparteien erfuhr jedoch eine Steigerung um 210 auf 17.571. Im einzelnen entfielen im Jahre 1952 auf je 100 Aktive bei den Stadtwerken 89,4 und bei den Verkehrsbetrieben 97,9 Pensionisten. Diese Ziffern, erklärt der Stadtrat, sprechen für sich selbst und erklären unter anderem die besonderen Schwierigkeiten dieser Betriebe, mit denen sie allerdings dauernd zu kämpfen haben.

Das Brauhaus der Stadt Wien schloß 1952 bei Aufwendungen von 46,9 Millionen und Erträgen von 47,2 Millionen mit einem Gewinn von 1/4 Million. Das Ergebnis ist um 1,9 Millionen günstiger als der Voranschlag. Das bessere Resultat ist vor allem auf den erhöhten Absatz mit 138.000 hl Bier zurückzuführen. Gegenüber den Ziffern der privaten Brauereien blieb die Steigerung des Bierabsatzes beim Brauhaus leider beträchtlich zurück.

Die Städtische Bestattung weist für das Jahr 1952 Erträge von 54,9 und Aufwendungen von 54,3 Millionen Schilling auf, sodaß sich ein Gebarungüberschuß von fast 0,6 Millionen ergibt. Auch hier ist der Rechnungsabschluß günstiger als der Voranschlag.

Die Gewista schloß bei Erträgen von 10,2 Millionen und Aufwendungen von 9,9 Millionen mit einem Überschuß von fast 0,3 Millionen. Das auch hier günstigere Ergebnis ist in erster Linie auf eine vermehrte Reklametätigkeit zurückzuführen, die ihre Basis in einer Vergrößerung der für die Werbung zur Verfügung stehenden Flächen hat.

Bei allen sechs Unternehmungen wurden im Jahre 1952 335 Millionen Schilling investiert, gegenüber veranschlagten Investitionen von 295 Millionen und im Jahre 1951 gemachten Anschaffungen von 269 Millionen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, die Vermögensrechnungen und Rechnungsabschlüsse der Unternehmungen zu genehmigen und den Gewinn der Stadtwerke im Jahre 1952 von 1,8 Millionen sowie den Gewinn des Brauhauses von 252.000 S auf neue Rechnung vorzutragen. Vom Jahresgewinn der Städtischen Bestattung in Höhe von 574.000 S sollen 300.000 S an die Stadt Wien abgeführt und der Rest von 274.000 S der allgemeinen Rücklage der Unternehmung zugewiesen werden: der Jahresgewinn der Gewista von 279.000 S soll ebenfalls an die Stadt Wien abgeführt werden.

Sodann gibt Stadtrat Dkfm. Nathschläger seinen Bericht zu den Wirtschaftsplänen der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1954 und betont, daß dieses Budget bei Ausnützung aller sich bietenden Möglichkeiten der Wiener Bevölkerung ein höchstmögliches Ausmaß von Leistungen gewährleistet. Er hebt weiter die Bedeutung der Aufnahme von Krediten hervor, da vor allem die großen Verkehrsprobleme, je eher je besser, in Angriff genommen werden müssen. Darunter figuriert zum Beispiel die Verlängerung der Gürtellinie der Stadtbahn nach Norden und Süden, die Modernisierung des Stadtbahnverkehrs überhaupt, die Verlängerung der Wientallinie zunächst bis Pötzkersdorf,

die allfällige Einbeziehung der Vorortelinie von Hütteldorf bis Heiligenstadt in den städtischen Verkehr, die Anschaffung von Großraumwagen, Autobussen und Obussen und schließlich die Inangriffnahme einer U-Bahn, die für Wien unausbleiblich ist. Das Gaswerk könnte größere Geldmittel für eine Ferngasversorgung nutzbringend verwenden.

Durch die bevorstehende Liberalisierung der Autos wird der motorisierte Verkehr bedeutend zunehmen. Dadurch wird sich in einigen Fällen die Notwendigkeit ergeben, den schienenengebundenen Verkehr durch den beweglichen Autobusverkehr abzulösen. Die Straßenbahn ist nach wie vor **das wirtschaftlichste Beförderungsmittel auf der Oberfläche, nichtsdestoweniger kann man nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß sie an vielen Stellen der Stadt bereits zum Verkehrshindernis geworden ist. Eine Untersuchung wird ergeben, ob es im Interesse der Flüssigkeit des Verkehrs Zwischenlösungen geben kann. In Zürich zum Beispiel wurde durch eine Volksbefragung der weitere Ausbau und die Modernisierung des Straßenbahnverkehrs unterbunden. Der Kulminationspunkt in der Entwicklung des Straßenbahnverkehrs scheint jedenfalls bereits überschritten.**

Um den im verstärkten Maß nach Wien kommenden Fremden eine leichtere Orientierung zu ermöglichen, werden im kommenden Jahr an wichtigen Verkehrsknotenpunkten und besonders frequentierten Straßenbahnhaltestellen große Verkehrspläne montiert werden.

Das gemeinsame Strom- und Gasinkasso wird im nächsten Jahr in ganz Wien durchgeführt werden; es ist eine Rationalisierungsmaßnahme, die für die Stadtwerke sehr viel bedeutet und auf die die Bevölkerung außerordentlich günstig reagiert hatte.

Da die Investitionen bei den Städtischen Unternehmungen einen gigantischen Umfang aufweisen, ist es erforderlich, am Sitz der Generaldirektion eine kleine technische Kontrollabteilung zu schaffen, die auch bei strittigen Investitionsfragen eine objektive Beurteilung ermöglicht, um die Mittel am wirtschaftlichsten einzusetzen.

Im Absatz von Gasgeräten über die Gasgemeinschaft ist seit ihrer Errichtung 1949 eine ständige Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Mit einem von den Gaswerken bis September 1953 zur Verfügung gestellten Betrag von rund 36,2 Millionen konnte ein Gasgeräte- und Installationsumsatz von rund 83,1 Millionen erzielt werden. Insgesamt wurden über die Gasgemeinschaft in diesem Zeitraum angeschafft: 35.251 Gasherde, 2.141 Rechauds, 1.084 Bratrohre, 202 Bügeleinrichtungen, 6.116 Wassererhitzer, 2.842 Heizöfen und 87 Kühlschränke. Im Rahmen der sogenannten Badezimmeraktion, die ein ganz großer Erfolg wurde, wurden im Jahre 1952 und in den ersten neun Monaten 1953 insgesamt 677 Badezimmer bestellt, wobei 609 Warmwassergeräte, 60 Heizöfen und 54 Elektrospeicher zur Verwendung gelangten. Daraus geht hervor, daß die Wiener Gaswerke alles tun, um der Hausfrau Hilfe in verschiedener Form zu gewähren. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.) Wenn nunmehr auch auf dem Stromsektor eine Kreditorganisation zur Finanzierung eines verstärkten Verkaufes von Elektrogeräten für den Haushalt geschaffen werden soll, wird sie die volle Förderung der Wiener Stadtwerke erhalten.

Im Programm der Wiener Gaswerke sind für das nächste Jahr mehrere Projekte berücksichtigt, so eine weitere Etappe im Anschluß von Klosterneuburg, die Versorgung von Traiskirchen aus dem Wiener Netz, weiter von Pfaffstätten, Josefsthäl, Tribuswinkel, Gumpoldskirchen und Baden sowie eines Teiles von Purkersdorf.

Die Städtischen Unternehmungen werden nach Möglichkeit trachten, das Investitionsvolumen des Vorjahres noch zu erhöhen. Sie sind durchaus in der Lage, gemeinsam eine ausgeglichene Erfolgsrechnung zu erstellen, die die Basis für die Konzessionierung von Darlehen größeren Umfanges bieten kann.

Bei den E-Works wird mit einer Steigerung der abgabefähigen Strommenge von 840 Millionen kWh im Voranschlag 1953 auf 872 Millionen kWh gerechnet. Bei den Gaswerken wird die für 1954 veranschlagte verkaufsfähige Gasabsatzmenge mit 316,3 Millionen Kubikmeter gegen 304,9 Millionen Kubikmeter im Erfolgsplan 1953 angenommen.

Bei Straßenbahn- und Stadtbahnbetrieb wird mit 500 Millionen Personen (im Vorjahr 485 Millionen), beim Kraftverkehr mit

34,9 Millionen (31 Millionen), beim Obusbetrieb mit 2,5 Millionen (2,4 Millionen) gerechnet. Das Brauhaus rechnet mit einem unveränderten Bierverkauf von 142 Hektolitern. Dem Koksverkauf der Gaswerke wird ein Quantum von 324.895 Tonnen gegenüber 322.750 Tonnen im Voranschlag 1953 zugrunde gelegt.

Sämtliche sechs Unternehmungen weisen an Erträgen 2.075 Millionen Schilling gegen 2.002 Millionen pro 1953 und Aufwendungen von 2.082 Millionen gegen 2.023 Millionen im Voranschlag 1953 auf. Die Erträge sind gegenüber 1953 um 3,6 Prozent, die Aufwendungen um 2,9 Prozent höher angesetzt worden. Der Gesamt- abgang aller sechs Unternehmungen beträgt 7,4 Millionen. Angesichts des präliminierten geringen Abganges, der nicht einmal ein halbes Prozent erreicht, kann wohl mit Fug und Recht von einem ausgeglichenen Voranschlag gesprochen werden.

Seit langem, allerdings nur mit teilweisen Erfolg, bemüht sich die Verwaltung, die Forderungen an die russische Besatzungsmacht hereinzubringen, bzw. die Außenstände bei den USIA-Betrieben zu reduzieren. Mit Stand vom 31. Juli 1953 belaufen sich die offenen Forderungen der E-Werke, Gaswerke, der Städtischen Bestattung, des Landwirtschaftsbetriebes, der Wiener Lager- und Kühlhaus A.G. und der Wiener Lokalbahnen auf 29,7 Millionen Schilling, während bei den USIA-Betrieben mit Stich- tag vom 24. November d.J. Außenstände in der Höhe von 8,4 Millionen Schilling aufscheinen. Wir wollen hoffen, daß diese nicht unwesentlichen Beträge in nächster Zeit eingehen.

Der Voranschlag für das Personal der Unternehmungen weist insgesamt 20.985 Aktive (21133 im Voranschlag 1953) aus. Der Stand der Pensionsparteien wurde mit 18.562 (18.138) angesetzt. Die erste Etappe der Entnivellierung erforderte für Aktive und Pensionisten ungefähr 46 Millionen Schilling.

Besonderes Augenmerk wurde der Verbesserung der sozialen und hygienischen Einrichtungen gewidmet. Die psychotechnischen Untersuchungen können mit Anfang Jänner 1954 aufgenommen werden. In Hinkunft müssen sich nicht nur die Neuaufgenommenen, sondern auch die bereits länger im Dienst Befindlichen dieser Unter- suchung unterziehen. Infolge Ausschaltung der unfallanfälligen Bediensteten erwartet man sich eine beträchtliche Senkung der Unfallziffer.

Der gesamte Personalaufwand für Aktive und Pensionsparteien ist mit 887,4 Millionen (816 Millionen im Vorschlag 1953) präliminiert.

Der gesamte Investitionsumfang konnte 1954 mit einer bisher noch nicht erreichten Summe von 391,226.500 Schilling gegenüber 356 Millionen für 1953 angesetzt werden. Im einzelnen ergibt sich bei den E-Werken eine Steigerung um 17,3 Millionen, bei den Gaswerken eine Verminderung um 7,9 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben eine Steigerung um 19,8 Millionen, bei der Bestattung um 157.000, beim Brauhaus um 5,2 Millionen und bei der Gewista um 43.500 Schilling. Diese Summen stehen nach Verabschiedung des Budgets sofort zur Verfügung.

Das E-Werk verwendet die ihm zur Verfügung stehenden Beträge vor allem für den Ausbau der Leitungsnetze, dann für die Umschaltung auf Wechselstrom, für Zähler, für Arbeiten im Werk Simmering usw.

Die Gaswerke brauchen u.a. 9,2 Millionen für Simmering, 12,9 Millionen für Leopoldau und für das Straßenrohrnetz 28,3 Millionen Schilling.

Die Bestattung verwendet ihre Investitionen für Depots, für Modernisierung und Erneuerung des Wagenparkes, für Ausrüstungsgegenstände und Uniformen.

Das Brauhaus braucht seine zur Verfügung stehenden Geldmittel für die Modernisierung der Flaschenkellerei sowie für die Anschaffung von Transportgebinden.

Die Gewista wird neue Plakattafeln anschaffen, Rechen- und Schreibmaschinen sowie einen Klein-Lastwagen.

Ausführlich sprach der Referent über das Investitionsprogramm der Verkehrsbetriebe. Für die Straßenbahn stehen 91,9 Millionen zur Verfügung, für die Stadtbahn 45,2 Millionen und dem Autobusbetrieb 11,1 Millionen Schilling. Im Lieferprogramm für 1954 sind 19 Großraumzüge enthalten, das sind 38 Großraumwagen. Stadtrat Dkfm. Nathschläger betonte, daß nie davon die Rede war, daß diese Wagen heuer schon geliefert werden sollten. Es war lediglich beabsichtigt, einen Musterzug herzustellen, der voraussichtlich im nächsten Monat mit den Probefahrten beginnen können wird. Ferner werden

nächstes Jahr weitere 25 Großraumbeiwagen bestellt. Wenn alle Zusagen eingelöst werden, stehen im nächsten Jahr 63 Großraumwagen auf der Straßenbahn zur Verfügung. Schließlich ist der Aufbau von 46 Triebwagen und 20 Beiwagen in Aussicht genommen. Für die Stadtbahn sind 40 neue Triebwagen und 52 Beiwagen vorgesehen.

An Autobussen sollen 1954 17 Großraumautobusse und fünf kleinere Dieselaubusse dazukommen.

Die Verkehrsbetriebe werden also 1954 seit 1945 insgesamt 413 neue Wagen und 427 neu aufgebaute Wagen, zusammen 840 neue Einheiten besitzen! (Beifall bei ÖVP und SPÖ.) Zum Ende des Jahres 1954 werden auf Straßenbahn und Stadtbahn wieder 2.810 betriebstaugliche Wagen gegenüber 845 bei Kriegsende zur Verfügung stehen (Beifall). Seit Beendigung des Krieges sind also nicht weniger als 1.765 betriebs-taugliche Wagen dazugekommen. Nur Übelwollende werden angesichts dieser Ziffern von einem ungenügenden Flickwerk sprechen. Hier wurde vielmehr eine glänzende Leistung erbracht, die allgemeine Anerkennung verdient (Beifall bei ÖVP und SPÖ). Wir können uns mit diesem Wiederaufbauwerk ruhig mit den Leistungen anderer Städte des Auslandes vergleichen. Dabei könnten wir in der Erneuerung des Fahrparkes noch größere Erfolge haben, wenn uns in Österreich die gleiche leistungsfähige Industrie zur Verfügung gestanden wäre, wie im Ausland. Die mangelhafte Erfüllung des Lieferprogrammes für 1953 darf sich nicht mehr wiederholen. Die Stadtwerke stellen pünktlich die Mittel zur Verfügung; an einigen österreichischen Lieferfirmen wird es nun gelegen sein, ob die Wiener Bevölkerung am Jahresende mit ihnen zufrieden sein kann oder nicht.

Unter den projektierten Instandhaltungsarbeiten und Gleisverlegungen erwähnte der Referent die Schleife Troststraße, eine Gleisanlage in der Landstraßer Hauptstraße, die Mittellage der Praterstraße, eine neue Gleisanlage am Schwarzenbergplatz u.a.

Die Beleuchtung der Straßenbahnwagen mit Leuchtstoffröhren ist auf 41 Trieb- und Beiwagen bereits durchgeführt; sämtliche Neuaufbauwagen und neuen Wagen werden mit dieser verbesserten Beleuchtung ausgerüstet. Bei der Stadtbahn ist dies aus technischen Gründen nicht möglich, doch wird die Beleuchtung ebenfalls verstärkt.

Die Arbeiten für Bremsverbesserungen sind 1953 fortgeschritten und werden auch 1954 fortgesetzt. Bis Ende des nächsten Jahres werden 481 Trieb- und Beiwagen mit Schienenbremse ausgerüstet sein, während bei 209 Triebwagen eine sogenannte Batterievorerregung vorhanden sein wird. Zusammen werden Ende 1954 bereits 690 Trieb- und Beiwagen mit verbesserten Brems-einrichtungen in Verkehr sein.

Die Wiederinstandsetzung der Heiligenstädter Linien erfolgt termingemäß, sodaß mit einer Wiederinbetriebnahme im Herbst 1954 zu rechnen ist. Der Referent bedauert es, daß es in Heiligenstadt selbst nicht zu einem Definitivum für die beabsichtigte Verlängerung der Stadtbahn nach Floridsdorf gekommen ist. Er sei nachwievor der Überzeugung, daß das von ihm vertretene Projekt vordringlich ist und so rasch wie möglich gelöst werden muß.

Abschließend zu den Investitionen erinnert der Referent daran, daß vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung nicht nur die 391,2 Millionen an freien Investitionen maßgebend sind, sondern auch der gesamte sogenannte Sachaufwand mit 1.083,5 Millionen. Dieser Summe stehen 2.109,4 Millionen Schilling des gesamten übrigen Hoheitsbereiches der Stadt Wien gegenüber. Der Aufwand für Sachleistungen und Investitionen der städtischen Unternehmungen erreicht somit fast 70 Prozent des Aufwandes der Hoheitsverwaltung.

Sodann sprach Stadtrat Dkfm. Nathschläger den Mitgliedern des Ausschusses, dem Generaldirektor und den Direktoren der Unternehmungen sowie sämtlichen Angestellten und Arbeitern den Dank für ihre Leistungen aus, die zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigen.

Abschließend erklärte Stadtrat Nathschläger, möchte er noch auf eine Reihe von Leistungen hinweisen, auf die die Stadtwerke ehrlich stolz sein können. Er erinnerte in diesem Zusammenhang u.a. an die Wiederinstandsetzung des Großgasbehälters Leopoldau und des Umspannwerkes Wien-West, an die im Zusammenwirken mit der Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der städtischen Unternehmungen geschaffenen 487 Wohnungen für ihre Bediensteten, an die Modernisierung des E-Werkes, Verbesserungen bei den Verkehrsbetrieben usw.

Der Referent stellte sodann die Anträge, den Wirtschaftsplan der Stadtwerke für 1954 zu genehmigen, den Fehlbetrag des Finanzplanes von 67,3 Millionen Schilling durch eine vorläufige Sperre von Posten des Investitionsplanes auszugleichen und den Stadtrat für Finanzwesen zu ermächtigen, die Sperre der Investitionen ganz oder teilweise aufzuheben. Er ersuchte ferner um die Annahme der Wirtschaftspläne für Brauhaus und Gewista.

(Unterbrechung des Berichtes über die Budgetverhandlungen.)

Ein Steinernes Hochzeitsfest im Liebhartstal

=====

19. Dezember (RK) Seit 1945 haben rund 6.000 Wiener Ehepaare das Goldene und 188 das Diamantene Hochzeitsfest gefeiert. 65 Jahre Ehe - bis zur Eisernen - haben nur noch 12 Paare durchgehalten. Das Steinerne Ehejubiläum zu erleben ist aber bis jetzt nur den beiden Ottakringern Karoline und Franz Fux gelungen. Vizebürgermeister Honay begrüßte heute vormittag das körperlich und geistig noch rüstige Paar, um es im Namen der Wiener Stadtverwaltung als ältestes Ehepaar Wiens zum 67½-jährigen Bestand seines Ehebundes zu beglückwünschen. Bei dieser Gelegenheit überreichte er der nun im 87. Lebensjahr stehenden "Steinernen" Braut einen weißen Fliederstrauß, ihrem Gatten ein Diplom und beiden gemeinsam eine Lederkassette mit einer Geldspende der Stadt Wien. Die Glückwünsche der Ottakringer Bezirksvorstehung überbrachten Bezirksvorsteher Scholz und sein Stellvertreter Jung.

Vizebürgermeister Honay gab in seiner Ansprache der Freude Ausdruck, daß er das Jubelpaar genau so vergnügt vor sich sehe wie damals vor 2½ Jahren, als er die Wünsche zum Eisernen Hochzeitstag überbracht hatte.

Es sind nun schon mehr als 80 Jahre her, seitdem der junge Schlosserlehrling Fux aus seiner südböhmischen Geburtsstadt Horazdovice nach Wien gekommen ist. Der Vizebürgermeister vermerkte es als einen sonderbaren Zufall, daß auch der älteste Österreicher, Herr Josef Holub, der vor wenigen Tagen das 102. Lebensjahr überschritten hat, aus der selben Gegend stammt.

Das Ehepaar Fux ist in Ottakring nicht unbekannt. In den Achtzigerjahren hat es sich auf dem Brunnenmarkt einen kleinen Mehlhandel errichtet. Später sind sie in einen Greislerladen in die Koppstraße umgezogen, in dem heute noch ihr ältester Sohn das Fleischhauergewerbe ausübt.

Vizebürgermeister Honay wurde auch schon zum nächsten Familienfest eingeladen, das im Liebhartstal zugleich mit dem 100. Geburtstag von Franz Fux gefeiert wird. Niemand von den zahlreichen Gratulanten, die sich heute in der Wohnung des Steinernen Ehepaares unterhalb der Schloßwiese eingefunden hatten, zweifelt daran, daß Ottakring auch noch dieses Jubiläum erleben wird. Franz Fux nimmt sein hohes Alter ganz einfach nicht zur Kenntnis und arbeitet immer noch fleißig in seinem Obetgarten.

Autobuslinien 4 und 5

=====

19. Dezember (RK) Ab Montag, den 21. Dezember, verkehren nach Beendigung der Bauarbeiten am Schwedenplatz die Autobusse der Linie 4 in der Fahrtrichtung zum Stephansplatz wieder ab Praterstraße über Aspernbrücke - Aspernplatz - Franz Josefs-Kai zur Rotenturmstraße und in der Fahrtrichtung vom Stephansplatz ab Rotenturmstraße über Adlergasse - Schwedenplatz - Franz Josefs-Kai - Aspernplatz - Aspernbrücke zur Praterstraße. Vom gleichen Tage an werden die Autobusse der Linie 5 in der Fahrtrichtung vom Stephansplatz ab Rotenturmstraße über Adlergasse - Schwedenplatz - Schwedenbrücke zur Taborstraße und in der Gegenrichtung weiterhin ab Taborstraße über Gredlerstraße - Marienbrücke - Rotenturmstraße zum Stephansplatz geführt.

Vom weihnachtlichen Lebensmittelmarkt:

Feiertagsbraten zu unveränderten Preisen
=====

Die ersten Äpfelimporte sind schon eingelangt

19. Dezember (RK) Der heutige Weihnachtsmarkt zeigt in jeder Beziehung eine gute Beschickung auf, so daß eine befriedigende Versorgung des Weihnachtstisches gegeben ist. Die Fleischversorgung ist durchaus günstig, die Preise blieben im allgemeinen unverändert. Das Angebot an Geflügel ist zwar beschränkt, doch ist immerhin die Einfuhr von 150 Tonnen Schlachtgeflügel, und zwar von Gänsen aus Polen, Jugoslawien und Ungarn sowie von Truthühnern aus Jugoslawien und Ungarn zu verzeichnen, wozu noch 11.000 Stück lebende Gänse aus Jugoslawien kommen. Ausreichend wird jedenfalls die Nachfrage nach Fischen befriedigt werden können, stehen doch neben 200 Tonnen Karpfen 440 Tonnen Seefische für den Weihnachtstisch bereit. Bei der starken Zuwendung der Verbraucher zum Seefisch sind besonders diese Anlieferungen, die aus Deutschland und Norwegen kommen, zu begrüßen. Dabei ist erfreulich festzustellen, daß der Verbraucherpreis für norwegische Kabeljaufilets auf 16 Schilling herabgesetzt und damit jenem der deutschen und dänischen Ware angepaßt wurde.

Als Beilage zu Fleisch und Geflügel gibt es Reis in ausreichender Menge. In letzter Zeit wurde aus Italien der Import von 6.500 Tonnen Reis bewilligt. Die Eierversorgung ist dank der angelegten Vorräte und der durchgeführten Importe befriedigend. Die Preislage ist günstig.

Für die Salatbereitung gibt es neben Erdäpfeln, die heuer durch die gute Ernte bedingt, gegenüber dem Vorjahr wesentlich billiger sind, reichlich Chinakohl. Er erfreut sich zunehmender Beliebtheit bei den Verbrauchern und drängt den Endiviensalat zurück. Dabei ist gegenüber dem Vorjahr ein starker Preisrückgang zu verzeichnen. Zu diesen Salatgemüsen kommen noch Sellerie, Vogerlsalat sowie für den verwöhnten Verbraucher Glassalat. Er ist allerdings teuer, ebenso wie die zur Zeit aus Spanien eingeführten Tomaten. Aus Italien wird fortlaufend Karfiol eingeführt.

Bei der Obstversorgung gab es bei Äpfeln in der letzten

Zeit bei starker Nachfrage nach den besseren Sorten mit Rücksicht auf das durch die ungünstige Ernte hervorgerufene Anziehung der Preise unliebsame Auswirkungen, die man jetzt durch die etwas verspätete Bewilligung von Importen aus Italien (700 Tonnen für ganz Österreich) wenigstens teilweise zu beheben versucht. Die ersten Lieferungen langten bereits ein, Sehr gut ist die Versorgung mit Orangen und Mandarinen, für deren Einfuhr jetzt zirka 240.000 Dollar bereitgestellt wurden. Lieferanten sind Italien, Spanien und Marokko.

Die Wiener Stadtväter überbringen Weihnachtsgrüße
=====

19. Dezember (RK) Auch heuer werden der Bürgermeister, die beiden Vizebürgermeister, die Stadträte, die Gemeinderäte und die Bezirksvorsteher an Weihnachtsfeiern in städtischen Krankenhäusern und Anstalten teilnehmen. Die Stadtväter werden allen Wienerinnen und Wienern, die Weihnachten nicht im Kreise ihrer Familie verbringen können, die Grüße der Stadt übermitteln.

In mehreren städtischen Anstalten haben Weihnachtsveranstaltungen bereits stattgefunden. Die Stadträte Afritsch und Mandl haben in den vergangenen Tagen an zwölf Weihnachtsfeiern im Altersheim Lainz teilgenommen und allen Pflinglingen die Grüße des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung übermittelt. Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Lakowitsch wohnten den Feiern in der Kinderklinik Glanzing und in der Nervenheilanstalt Rosenhügel bei.

Das Programm des Bürgermeisters ist nun nach Abschluß der Budgetberatungen im Rathaus gleichfalls mit Weihnachtsfeiern in Spitälern und Heimen reich bedacht. Für morgen ist Bürgermeister Jonas zu Weihnachtsfeiern ins Apollo-Kino, in den Kursalon und in das Lehrlingsheim Leopoldstadt eingeladen. Montag wird er im Wilhelminenspital erwartet.

Vizebürgermeister Honay besuchte heute zwei Weihnachtsveranstaltungen in Ottakring und eine weitere im Lehrlings-

heim Augarten. Sonntag nachmittag wird er den Kindern im Schloß Wilhelminenberg die Weihnachtsgrüße überbringen.

Viel Weihnachtsfreude wird es heuer auch in den städtischen Kindergärten und Horten geben. Die Kindergärtnerinnen hatten, unterstützt von der Elternschaft, in den letzten Tagen oft bis in die Nacht hinein gearbeitet und gebastelt, um schöne Spielzeuge und andere Überraschungen herzustellen. Unter den Weihnachtsbäumen in den städtischen Kindergärten und Horten werden sich Montag und Dienstag 14.000 Kinder versammeln.

Auch die städtischen Tagesheimstätten wurden von der Weihnachtsstimmung erfaßt. In einigen Bezirken werden Schulkinder den alten Leuten herzige Weihnachtsgeschenke überreichen. Mit einer ganz großen Überraschung werden aber die Tagesheimstättenbesucher in Floridsdorf und Schwechat aufwarten, indem sie selbst die Rolle des Christkindls übernehmen. Seit Wochen wurden in den Tagesheimstätten verschiedene Stricksachen angefertigt, die nun an 85 bedürftige Kinder verschenkt werden.

Debatte über den Voranschlag der städtischen Unternehmungen

GR. Wicha (WdU) vertritt die Ansicht, daß die Straßenbahntarife zu hoch seien. Es zeige sich aus diesem Grunde bereits eine starke Abnahme der verkauften Straßenbahnfahrtscheine. Durch die Überfüllung der Wagen während der Spitzenverkehrszeiten werden nicht nur die Kleider der Fahrgäste oftmals beschädigt, sondern es ist auch ein viel stärkerer Stromverbrauch zu verzeichnen. Der Redner fordert eine gründliche Reform auf dem Verkehrssektor. Er könne auch dem Stadtrat nicht zustimmen, wenn dieser meinte, daß zum Beispiel die Linie 31 für den Floridsdorfer Verkehr genüge. Die große Zahl der Unglücksfälle führt der Redner zum Teil auf die schlechten Verkehrsverhältnisse zurück. Er tritt auch für gekoppelte Fahrtscheine für Straßenbahn und Autobus ein.

GR. Wicha ersucht den Stadtrat um Aufklärung, ob die Gemeinde ebenfalls ihre Tarife bei den Linien, die als Konkurrenzlinien der Bundesbahn laufen, erhöhen wird. Der Redner regt an, die Grenze für die Kinderfahrtscheine mit dem 14. Lebensjahr festzusetzen und nicht wie jetzt nach der Größe. Er verweist darauf, daß es bei der Badner Bahn weder verbilligte Bäderkarten gibt, noch Sechs-Tage-Rückfahrkarten, auch hier wäre Abhilfe zu schaffen. Der Redner ersucht auch um eine verstärkte Einbeziehung der Randgebiete in die Gasversorgung. Auch das Gas müßte billiger werden, da die Gaswerke durch die vermehrte Inanspruchnahme des Erdgases billigere Gesteungskosten haben. Es zeige sich in letzter Zeit nicht nur eine Verminderung der Gasabnahme, sondern auch eine überaus große Koksanhäufung. Der Redner fragt an, wie der Stadtrat die Auswirkungen der Gasstrahler und der Kochtöpfe - für beide wird augenblicklich große Reklame gemacht - auf die Gaswerke in den Wirtschaftsplänen beurteilt.

Die E-Werke müßten mit gutem Beispiel vorangehen und eine Modernisierung der Haushalte mit Elektrogeräten forcieren. So sollte vor allen Dingen ein Kühlschrank heute kein Luxus mehr sein. Vielleicht wäre es möglich, Kühlschränke und Staubeauger serienmäßig herzustellen und dann ähnliche Aktionen, wie die so befriedigende Badezimmeraktion, zu schaffen.

Zum Kapital Brauhaus könne er nur sagen, daß er eine Umstellung auf die Erzeugung von alkoholfreien Getränken für zweckmäßiger hielte. Man könnte sich hiedurch Ausgaben für die Trinkerheilstätten sparen.

Auf dem Gebiete des Bestattungswesens ist trotz der vollständigen Kommunalisierung keine Preisherabsetzung, außer bei den Särgen, eingetreten. Es sollte hier jedoch nicht um der Kommunalisierung willen kommunalisiert werden sondern im Interesse der Bevölkerung.

GR. Wicha erklärt abschließend, seine Fraktion könne den Ansätzen nicht zustimmen, da wohl verschiedene Reformen im Interesse der Stadtwerke und Unternehmungen durchgeführt wurden, jedoch keine, die der Bevölkerung selbst zugute kämen.

GR.Dr. Soswinski (LBl.) stellt fest, daß ausschließlich die Bezieher von Gas und Strom sowie die Straßenbahnbenützer zur Verbesserung der Einrichtungen der Wiener Stadtwerke beigetragen haben. Die Kapitalisten und die Höchstverdiener hätten aber keinen zusätzlichen Beitrag hiezu geleistet, obwohl die Unternehmer zum Beispiel darin interessiert sein müßten, daß ihre Arbeiter und Angestellten in modern ausgerüsteten Verkehrsmitteln in die Betriebe kommen. Im Sinne einer richtig geführten Gemeindepolitik wäre es notwendig, die Tarife mehr nach sozialen Gesichtspunkten zu staffeln. Es bedeute kein besonderes Verdienst, sondern es sei eine Selbstverständlichkeit, daß man auch kommunale Betriebe im Laufe der Jahre auf einen modernen Stand bringt.

Seit der im Juli 1953 erfolgten Übergabe der Baustelle in Ybbs-Persenbeug an die Bundesregierung sei jede Ausrede weggefallen, daß der Ausbau des Donaukraftwerkes nicht in Angriff genommen werde. Obwohl die Zeitungen der Regierungsparteien in den Sommermonaten die sofortige Durchführung der Vorbereitungsarbeiten verhießen, sei seither an diesem Werk noch immer nicht gebaut worden.

Die Wiener seien nicht an dem Ausbau der Energiewerke in Vorarlberg oder in Reiback interessiert, es berühre sie nicht so sehr, ob Bonn oder Mailand mit billigem Strom versorgt wird, sondern sie seien in erster Linie an dem Ausbau der Donaukraftwerke interessiert, um billigen Strom für Haushalt, Gewerbe und Industrie zu bekommen.

Man operiere immer wieder mit Hausnummern für die Steuerschulden der USIA. Hätte man in den letzten sieben Jahren diese Betriebe ins Handelsregister eingetragen, so hätte der österreichische Staat auch diese Steuern vorschreiben können. In letzter Zeit treibe man die gleiche Russenhetze mit den Schulden der USIA-Betriebe an die E-Werke und Gaswerke. Einige Großverbraucher hätten mit den Stadtwerken Abkommen über die Abrechnung der Strom- und Gas tarife. Während beispielsweise Wagner-Biró im Sommer eine Schuld beim E-Werk von 7 Millionen Schilling gehabt haben soll, habe der Redner Anfang Dezember in der Buchhaltung dieser Werke feststellen können, daß dieser Betrieb zu diesem Zeitpunkt ein Guthaben bei den Stadtwerken in der Höhe von 1,4 Millionen Schilling aufzuweisen hatte.

Der Redner fordert zusätzliche Autobuslinien in den Randgebieten, unter anderem auch Querverbindungen im 25. Bezirk und die Wiederherstellung der Verbindung zwischen Hütteldorf und Neuwaldegg. Man sollte dabei einen Einheitstarif schaffen. Es wäre notwendig, auch die Straßenbahnbeiwagen zu heizen, weil in den kalten Wintertagen sich alles in die geheizten Triebwagen dränge. Anlässlich der Novellierung der Eisenbahnordnung sollte man auch bei den Wiener Straßenbahnen dazu übergehen, die Kinderfahrtscheine bis zu einem Alter von 14 Jahren gelten zu lassen. In einem Antrag fordert der Redner, die Einführung einer verbilligten Lehrlingswochenkarte auf Straßenbahn und Stadtbahn.

GR. Dr. Soswinski spricht hierauf von einer Verkehrsmisere in Wien und erklärt, die einzig wirkliche Lösung aller Probleme wäre die Erbauung einer Untergrundbahn. Dazu seien lange Vorbereitungen notwendig. Über die Kosten eines solchen Projektes könnte man sich erst nach den Bodenuntersuchungen

und anderen Vorerhebungen klar werden. Den für die Führung der Untergrundbahn benötigten Grund müßte man enteignen, um Bodenspekulationen zu verhindern. GR. Dr. Altmann habe schon 1946 die Aufnahme der Vorbereitungsarbeiten für die U-Bahn verlangt. Wenn die ÖVP heute mit dem Vorschlag komme, mit dem Studium zu beginnen, so handle es sich wahrscheinlich um ein Wahlmanöver. Der Redner bezeichnet das U-Bahnprojekt als einen Wahlschlager der ÖVP. Er hält dem gegenüber ein anderes Projekt, das ohne weiteres verwirklicht werden kann: die Schaffung eines zweiten Stadtbahnringes durch Elektrifizierung der Vorortelinie, der Verbindungsbahn und der Donauländebahn. Dieses Projekt könnte in großen Etappen durchgeführt werden. Den dafür notwendigen Wagenpark könnte man später für die U-Bahn verwenden. Auch müßte ein gemeinsamer Betrieb mit der Bundesbahn möglich sein. Nach den Berechnungen, denen das Projekt zugrundeliegt, würde ein Wagenpark von 15 Zügen genügen, um Verkehrsintervalle von je 10 Minuten zu gewährleisten.

GR. Dr. Soswinski spricht dann über die Vorteile, die die Verwirklichung dieses Projektes mit sich bringen würden. Er erläutert an einzelnen Fällen die Zeitersparnis, die besonders jenen Leuten zugutekäme, die von ihrer Arbeitsstätte weit entfernt wohnen. Die Gesamtkosten für den Bau des neuen Stadtbahnringes veranschlagt der Redner mit 250 Millionen Schilling. Die Aufbringung der Mittel könnte durch eine Anleihe erfolgen, von der die Gemeinde Wien selbst den größten Teil übernehmen sollte. Der Tarif müßte wieder der einheitliche Tarif wie für Straßenbahn und Stadtbahn sein. Der Redner vergleicht in diesem Zusammenhang, wieviel eine Fahrt in New York, Moskau und Wien im Verhältnis zum durchschnittlichen Einkommen eines Arbeiters kostet. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß in New York der 1.800. Teil eines durchschnittlichen Monatslohnes für eine Fahrt auf der U-Bahn ausgegeben werden muß, in Moskau der 2.000. Teil eines unteren Einkommens, in Wien aber der 1.000. Teil oder unter Berücksichtigung der Wochenkarte der 1.400. Teil.

Zusammenfassend stellt GR. Dr. Soswinski den Resolutionsantrag, der Wiener Gemeinderat solle die Vorschläge über einen 2. Stadtbahnring durch Fachleute ehestens prüfen lassen; eine Berichterstattung über das Ergebnis solle noch im ersten Quartal 1954 erfolgen.

GR. Dipl.Ing. Rieger (ÖVP) erinnert sich anlässlich der in den letzten Jahren abgehaltenen Jubiläumsfeiern der Stadtwerke an die Entstehung der einzelnen städtischen Unternehmungen. Dr. Lueger hatte schon lange bevor seine Bestellung zum Bürgermeister bestätigt wurde, Pläne vorliegen, sodaß es ihm leicht war, seine Aufgaben im Interesse der Wiener Bevölkerung rasch durchzuführen. Er schildert die großen Verdienste des Bürgermeisters Dr. Lueger auf dem Gebiete der kommunalen Betriebe und stellt fest, daß seine Taten schon damals von der Bevölkerung mit großer Genugtuung aufgenommen wurden. Er hat damals schon die Basis für unsere heutigen kommunalen Betriebe geschaffen, und auch die Pläne für eine U-Bahn intensivst behandelt. Wäre er nicht allzu früh verstorben, hätten wir uns viele Diskussionen erspart. Bei dem großen Vertrauen, das er genoß, wäre es ihm ein leichtes gewesen, die nötigen finanziellen Mittel für derart großartige Bauvorhaben zu erlangen.

Leider sind noch viele unserer Wünsche unerfüllt, so insbesondere die Verlängerung der Stadtbahn von Heiligenstadt nach Floridsdorf und Stammersdorf. Der Redner setzt sich mit den von sozialistischer Seite dagegen gemachten Einwendungen auseinander und spricht die Hoffnung aus, daß die Mehrheit des Hauses ihre Meinung doch noch einer Revision unterziehen wird. Der Volkspartei geht es darum, daß die in Durchführung begriffenen Bauvorhaben auf dem Heiligenstädter Bahnhof auf derart wirtschaftliche Weise erfolgen, daß niemals der Vorwurf eines verlorenen Bauaufwandes erhoben werden kann.

Es ist etwas verspätet, wenn sich die kommunistische Fraktion heute als Wortführer für die Elektrifizierung eines zweiten Stadtbahnringes aufspielt. Wir machen seit Jahren immer wieder den Vorschlag, nicht nur die Vorortelinien und Verbindungslinien in ein erweitertes Stadtbahnnetz einzubauen, sondern auch die Westbahn, Franz Josefs-Bahn und Südbahn in das Verkehrsnetz der Stadtbahn einzubeziehen. Darüber hinaus ist notwendig, daß als erster Schritt der Schnellbahnverkehr auf

dem derzeit in Betrieb befindlichen Verkehrsnetz aufgenommen wird.

Mit der Planung für die U-Bahn müsse jetzt schon begonnen werden, damit man, sobald die Finanzierung hichergestellt ist, mit dem Bau tatsächlich beginnen kann und die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne schon so erstellt werden, daß durch Neu- oder Umbauten der endgültige Bau nicht verrammelt wird.

Auf Grund ihrer kleinlichen Haltung bei der Ablehnung des Stadtbahnprojektes Floridsdorf-Stammersdorf, der U-Bahn und der Autobahn muß man feststellen, daß die SPÖ als eine kleinliche, eingefrorene, reaktionäre Partei vor den Augen der Bevölkerung dasteht. (Beifall bei der ÖVP.) Die Sozialistische Partei hat nur eine ganz kleine Mehrheit von zwei Mandaten. Diese zwei Mandate werden sie auf die Dauer nicht davor schützen, ihre kleinliche Politik gegen die großen Interessen der Bevölkerung weiter zu betreiben. (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.) Erst wenn sie die Mehrheit verloren hat - das ist die traurige Erkenntnis der letzten Jahre - wird es möglich sein, diese Planung in entsprechend kurzer Zeit durchzuführen und für die Finanzierung zu sorgen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Ein weiterer Wunsch ist die Planung eines Fernheizkraftwerkes und die Entgiftung des Stadtgases.

Als das ernsteste Problem der Wiener Stadtwerke bezeichnet GR. Ing. Rieger die Frage der Tarifierstellung. Die Mehrheit des Hauses behauptet, daß die Strom- und Gastarife nur nach dem Prinzip der Kostendeckung erstellt seien und keinerlei Gewinn erzielen wollen. Nun beträgt aber die Differenz zwischen den Pensionsrückstellungen bei den Stadtwerken und dem Erfordernis für Pensionen 159 Millionen. Nach Ansicht der ÖVP sollte die Gebrauchsgebühr von 47 Millionen Schilling ebenfalls nicht die Stadtwerke belasten. Hingegen sollte die Summe der Abschreibungen um 60 Millionen Schilling erhöht werden. Die Summe der überhöhten Pensionsrückstellungen und der Gebrauchsgebühr, vermindert um 60 Millionen zusätzliche Abschreibungen, ergibt einen zuviel verrechneten Mehraufwand von 146 Millionen Schilling oder von 16 Prozent der Einnahmen der E-Werke und

Gaswerke. Um diesen Betrag könnten die Tarife gesenkt werden, wobei schon die Abschreibungen entsprechend aufgewertet wären. (Beifall bei der ÖVP.) Das Stammkapital der Wiener Stadtwerke ist viel zu gering und sollte aufgestockt werden. Im Sinne seiner Ausführungen stellt der Redner den Antrag, die seit dem Jahre 1951 in Kraft befindlichen Strom- und Gastarife zu senken und ferner große Investitionen künftighin nicht mehr aus den laufenden Einnahmen zu decken, sondern durch Anleihen oder Kreditoperationen zu finanzieren.

In der Begründung wird ausgeführt, daß die Stabilisierung der Wirtschaft und die günstige Lage auf dem Kapitalmarkt die Möglichkeit bieten, größere Investitionen durch öffentliche Anleihen oder durch Kreditoperationen zu decken, in welcher Beziehung sowohl der Bund als auch zahlreiche Gemeinden mit Erfolg schon vorangegangen sind. Unter solchen Umständen die Investitionen bei den städtischen Unternehmungen ausschließlich aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren, erscheint nicht mehr vertretbar und auch nicht notwendig. Investitionen mit größerem Umfang sollten künftig auf den Kreditweg verwiesen werden. Auf diese Weise soll nicht nur der Arbeitsbeschaffungsumfang wie bisher aufrechterhalten werden, sondern es steht zu erwarten, daß einerseits auf Grund gesenkter Tarife der Absatz steigt und ein Teil der Mindereinnahmen wieder wettgemacht wird, und andererseits die Belastung der Bevölkerung aus großen Investitionen auf einen Zeitraum aufgeteilt wird, der ungefähr deren Lebensdauer entspricht.

Auch Dr. Migsch hat als sozialistischer Redner bei der Generaldebatte zum Budget im Parlament darauf hingewiesen, daß die Landesgesellschaften von den Konsumenten Strompreise verlangen, die volkswirtschaftlich in keiner Weise zu rechtfertigen sind. Wir hoffen, daß die Sozialisten dem Rechnungstragen und für unseren Antrag stimmen werden. (Beifall bei der ÖVP.) Dieser Antrag ist kein Versuch einer Lizitationspolitik vor den Wahlen, sondern wir lasten unserem Stadtrat die Verantwortung auf, daß er diese Probleme im Sinne der Bevölkerung Wiens zu einer Lösung bringt. Wir haben bewiesen, daß wir Mut haben, diese Fragen anzuschneiden, nachdem gerade ein Stadtrat unserer Partei diesen Unternehmungen vorsteht. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend dankt der Redner dem Stadtrat und seinen Mitarbeitern in den Unternehmungen sowie allen Angestellten und Arbeitern für ihre aufopferungsvolle Arbeit. Die Volkspartei werde trotz aller Kritik den Wirtschaftsplänen der städtischen Unternehmungen zustimmen, sie erwarte aber, daß die Erstellung der Wirtschaftspläne in den kommenden Jahren gemäß ihren Anregungen durchgeführt werde. Die ÖVP werde den Ansätzen dieser Gruppe zustimmen (Beifall bei der Volkspartei).

GR. Marek (SPÖ) erinnert daran, daß die Errichtung von städtischen Unternehmungen in eine Zeit fiel, in der das **liberale** Bürgertum dem Höhepunkt zustrebte. Vor einem halben Jahrhundert traten damals industrielle Unternehmungen der Stadt in den Konkurrenzkampf mit den privaten Betrieben. Die erzielten Gewinne flossen in die Kassen der Gemeinde. Die sehr bedeutenden Einnahmen wurden zur Bestreitung der Hoheitsverwaltung verwendet. Als nach 1919 zum erstenmal Sozialdemokraten in den Gemeinderat einzogen, vollzog sich eine Änderung. Diese Betriebe wurden nicht mehr als Magistratsabteilungen, sondern als eigene wirtschaftliche Einrichtungen der Gemeinde nach kommerziellen Grundsätzen und nach dem Prinzip der Kostendeckung geführt.

Wenn heute die Opposition Anträge auf Herabsetzung der Tarife stelle, so entspricht dies ihrer politischen Linie. Weniger verständlich ist es aber, daß ein Vertreter einer Partei, mit der wir in der Gemeinde zusammenarbeiten und deren Stadtrat mit der Aufgabe dieses großen Wirtschaftsgebietes betraut ist, heute ebenso kommt und Anträge stellt, die einen Teil der unbedingt notwendigen Investitionen auf den Anlehesektor verweisen. Es ist nicht logisch, einen Antrag einzubringen, wonach unter anderem die Rücklagen der Hoheitsverwaltung den städtischen Unternehmungen zur Bestreitung der Investitionen zugewiesen werden.

Die Wiener Bevölkerung anerkennt die Leistungen der städtischen Betriebe. Es ist immerhin eine Leistung, daß die Tarife für Gas, Strom und Straßenbahn kaum auf das Vierfache des Friedenspreises gekommen sind, während beispielsweise die Preise für Lebensmittel zwischen dem Sechseinhalbfachen und Zehnfachen liegen.

Diese unsere Preispolitik nach 1945 hat wesentlich dazu beigetragen, das Lohn- und Preisgefüge in Ordnung zu halten. Es ist nicht zu groß gesprochen, wenn wir sagen, daß unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unsere Exportmöglichkeiten auch auf diese billigen Tarife zurückzuführen sind, die wir geschaffen haben. (Beifall bei den Sozialisten.)

Wenn die Stadtwerke eine 5prozentige Stromsteigerung in Erzeugung und Verbrauch pro Jahr annehmen, so entspricht dies einer Folge der Zivilisation, denn man rechnet in Europa damit, daß in den nächsten zehn Jahren die Strommenge verdoppelt wird. Diese Steigerung ist auch ein Beweis einer wirtschaftlichen Gesundung, wenn wir auch noch lange keinen Vergleich mit dem Stromverbrauch anderer Länder standhalten können. In Österreich verbraucht eine vierköpfige Familie rund 230 Kilowattstunden Strom, in der Schweiz jedoch 1.640 und in den Vereinigten Staaten von Amerika sogar 2.018 Kilowattstunden. Die Preispolitik der Stadtwerke trägt den Bedürfnissen der Menschen und den Notwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung.

Der Personalstand ist seit 1945 um 10 Prozent gesunken, dagegen ist der Stand an Pensionisten gestiegen. Den Direktoren der Unternehmungen gebührt dafür Dank, daß sie die Lehrlingseinstellung in wirklich verständnisvoller Weise gefördert haben. (Beifall bei der SPÖ.) 119 Lehrlinge sind eingestellt worden, weitere 100 sollen folgen. Die Entnivellierung bringt eine 9prozentige Steigerung der Personalkosten mit sich. Während 1953 356 Millionen Schilling für Investitionen verwendet wurden, ist die Summe der Investitionen im kommenden Jahre mit 368 Millionen Schilling vorgesehen. Dieser Betrag wird mit dazu beitragen, die Beschäftigung in unserem Lande zu erhalten.

Der Redner lobt das Wirken der Gasgemeinschaft und sagt, es sei erfreulich, daß die Stadtwerke bisher 100 Millionen Schilling für Teilzahlungsgeschäfte zur Verfügung gestellt haben. Er gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, ob es zweckmäßig ist, 120 verschiedene Typen von Heizkörpern in Österreich herzustellen.

Der Redner begrüßt auch, daß nun die Randgemeinden von den Stadtwerken mit Gas beliefert werden.

Die folgenden Ausführungen widmet GR. Marek der Wiener Straßenbahn. Daß der Wiener in den Zeiten des Spitzenverkehrs an der Straßenbahn "hängt" ist keine Wiener Spezialität. Die Frankfurter hängen genau so an ihrer Straßenbahn wie die Kölner und sonst wo in anderen Städten. Eine Verkehrsmisere gibt es eben überall. Es handelt sich hier um ein Gegenwartsproblem, das freilich gelöst werden muß. Das U-Bahnprojekt wird von der SPÖ nicht abgelehnt, sie wolle vielmehr ernstlich darüber sprechen und eine Entscheidung treffen. Das Projekt ist aber weder eine sozialistische Erfindung noch eine Erfindung der ÖVP oder der Volksopposition. Bereits 1910 weilte ein französisches Konsortium in Wien und legte der damaligen Gemeindeverwaltung ein U-Bahnprojekt vor. Die U-Bahn, so meint der Redner, wird sicher gebaut werden, aber zu einer Zeit, in der wir in der Lage sind, das zu tun. Vielleicht werden wir einmal mit Atomkraft unsere städtischen Verkehrsmittel betreiben. Es wäre jedoch abwegig, einen Antrag einzubringen, Stadtrat Nathschläger möge sich jetzt schon den Kopf darüber zerbrechen, wie wir im Jahr 2.000 mit Atomkraft fahren werden. Aber bevor wir mit Atomkraft fahren, werden wir sicher die U-Bahn haben (Beifall bei der SPÖ).

Der Redner behandelt dann die Stellungnahme der ÖVP zu dem Stammersdorfer Projekt, das nach der Meinung der Techniker frühestens in 5 Jahren verwirklicht werden kann. Inzwischen wird aber die Nordbahnbrücke von der Bundesbahn wieder errichtet sein, und damit 30 Prozent der Fahrgäste zur Bundesbahn abwandern. Die Verkehrsbetriebe haben auch schon im nächsten Jahr durch einige Maßnahmen dafür vorgesorgt, damit dem immerhin bestehenden Übelstand abgeholfen werden kann.

Bei der Besprechung der Städtischen Bestattung erwähnt er, daß der spätere Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Novellierung der Gewerbeordnung verlangt hat, nur zu dem Zweck, um die Übelstände der privaten Leichenbestattungen zu beseitigen. Es hat jedoch lange gedauert, bis man die ÖVP dazu gebracht hat, das zu tun, was schon Weiskirchner für richtig gehalten hat.

Zum Brauhaus gab der Redner seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß sich Dkfm. Nathschläger selbst von der technischen Erneuerung des Betriebes und den Fortschritten überzeugt hat.

Der Redner sprach dann noch zu den Ausführungen des Referenten, daß sich die Wirtschaft von selbst regelt und hält dem seine Meinung entgegen, daß die Wirtschaft sehr wohl zu beeinflussen sei und auch positiv beeinflusst werden muß.

Zur Frage der Kreditbeschaffung für die U-Bahn meint er, daß die Aufnahme eines Kredites erst in einem souveränen Staat möglich sei.

Er wendet sich ferner gegen die Ausführungen des Dr. Soswinski zu der Anfragenbeantwortung des Bürgermeisters wegen der USIA-Schulden. Hier wird keine billige Hetze getrieben, denn diese Schulden sind viel Geld, wie ziffernmäßig festgestellt wurde. Man wollte vielmehr über die Schulden reden, die diese Unternehmungen unter Mißbrauch der Exterritorialität in Österreich begehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend gibt GR. Marek die Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe XI und versichert dem Referenten, daß die sozialistischen Gemeinderäte weiterhin im Ausschuß mitarbeiten werden.

In seinem Schlußwort nimmt Stadtrat Dkfm. Nathschläger zunächst zu den Ausführungen des GR. Wicha Stellung und erklärt, daß die Tarife der Straßenbahn lediglich auf das 4.75fache erhöht wurden. Auf der Straßenbahn ist eine gewisse Überfüllung nur noch in den Spitzenzeiten festzustellen, es ist aber im abgelaufenem Jahr einiges geschehen, um Abhilfe zu schaffen. Auf der Stadtbahn ist es darauf zurückzuführen, daß 30 bis 40 Wagen aus dem Verkehr gezogen und umgebaut werden mußten. Es ist klar, daß sich bei der zunehmenden Motorisierung nicht mehr die hohen Frequenzziffern ergeben wie 1946 bis 1948. Immerhin sind 1953 wesentlich mehr Fahrgäste befördert worden, als ursprünglich angenommen wurde. Die Kindertarife sind nachgewiesenermaßen die billigsten in Europa. Der Autobustarif muß derzeit nicht erhöht werden. Es ist nicht richtig, daß im Stadtgas 26 Prozent Erdgas enthalten sind. Der maximale Prozentsatz wird 1954 19 Prozent betragen, wovon wieder nur 14 bis 15 Prozent reines Erdgas sind.

Dem GR. Dr. Soswinski entgegnet er: Ich weiß nicht, wie bei Strom und Gasbezug die Kapitalisten besonders in Anspruch genommen werden sollen. Der Grundtarif ist sowieso nach der Anzahl der Wohnräume gestaffelt, beim Arbeitspreis kann aus rein praktischen Gründen kein Unterschied gemacht werden.

Beim Bau neuer Straßenbahnwagen müssen wir Rücksicht auf das vorhandene Industriepotential nehmen. Wir können dieses nicht willkürlich erweitern, weil das für die weitere Zukunft unwirtschaftlich wäre.

Der Bau von Ybbs-Persenbeug wird 6 Jahre beanspruchen. Sobald die im Gang befindlichen Vorarbeiten beendet sind, werden im Durchschnitt etwa 1.800 bis 2.000 Arbeiter beschäftigt werden.

Die Ausführungen über die Schulden der USIA-Betriebe sind keine Russenhetze, wie es GR. Dr. Soswinski darzustellen versuchte, sondern lediglich notwendige Feststellungen, und es ist zu hoffen, daß diese Beträge, die wir dringend benötigen, möglichst bald eingehen.

Den Antrag auf Einführung einer Lehrlingswochenkarte empfiehlt der Referent im Hinblick auf die Situation der Verkehrsbetriebe zur Ablehnung. Da man alle Verkehrsprobleme sachlich überprüfen soll, möge der Antrag auf Inbetriebnahme eines zweiten Stadtbahnringes dem zuständigen Ausschuß zur Beratung zugewiesen werden.

Die vom GR. Dipl. Ing. Rieger vorgebrachten Anregungen auf Planung einer Schnellbahn nach Floridsdorf und einer U-Bahn sollten wirklich noch einmal geprüft werden. Es ist unverständlich, daß die Mehrheit dieses Hauses das bisher abgelehnt hat.

Zu dem Antrag des GR. Ing. Rieger auf Senkung der Strom- und Gastarife bemerkt der Stadtrat: Wir hatten bisher die Möglichkeit, einen großen, ja gigantischen Betrag für Investitionen aus den laufenden Einnahmen zu decken. Dadurch wird sicherlich die jetzt lebende Bevölkerung mehr belastet. Wenn die Möglichkeit der Aufnahme von Krediten gegeben ist, könnte man sich überlegen, diese Belastung auf mehrere Generationen zu verteilen und große einmalige Investitionen aus Anleihen zu decken.

Persönlich bin ich der Auffassung, daß man gemäß dem Antrag die derzeitigen Tarife überprüfen soll, ob sie auf weite Sicht gesehen gerechtfertigt sind oder ob es Möglichkeiten gibt, eine Entlastung der Bevölkerung vorzubereiten. Davon kann und soll geredet werden, und es ist das demokratische Recht jeder Gruppe, Tarifüberprüfungen zu verlangen. Ich kann heute noch nicht sagen, was bei einer solchen Beratung herauskommen wird, da eine ganze Reihe von Problemen hineinspielt. Man kann daher diesen Antrag ohne weiteres dem Ausschuß zuweisen, damit er dort geschäftsordnungsmäßig behandelt wird.

Der Berichterstatter gibt weiter seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch GR. Marek die Notwendigkeit einer ernstlichen Behandlung des Projektes einer U-Bahn anerkannt hat. Es sei höchste Zeit, sich mit diesem Problem wirklich ernsthaft zu beschäftigen. Es sollte auch in Wien ein Generalverkehrsplan aufgestellt werden, wie dies in anderen Städten geschehen sei.

Die Volkspartei habe sich vor zwei Monaten gegen größere Investitionen beim Brauhaus ausgesprochen, weil eine Verbesserung in dem erwarteten Ausmaße kaum eintreten dürfte. Das Brauhaus werde sich in keinen ernstlichen Konkurrenzkampf mit der übermäßigen privaten Industrie einlassen können.

Hinsichtlich des ersten Großraumzuges der Straßenbahn bemerkt der Redner, daß leider die ihm von zwei Industriefirmen gemachten Zusicherungen nicht eingehalten wurden. Es sei zu hoffen, daß wir den Großraumzug, der schon in Fertigstellung begriffen ist, im nächsten Monat bekommen werden. Hoffentlich werden sich die 19 Großraumzüge und die 25 Großraumbeiwagen im Jahre 1954 optisch ebenso günstig im Wiener Verkehr ausnehmen wie die 140 Wagen der Typen B und b.

Abschließend dankt Stadtrat Nathschläger für die Sachlichkeit der Debatte und für alle Anregungen. Er werde bestrebt sein, zumindest einen Teil davon zu realisieren.

Er bittet auch weiterhin um Unterstützung in dem sicherlich nicht leichten Kampf der Führung der Städtischen Unternehmungen, im besonderen aber des Aufbaues der Wiener Verkehrsbetriebe, die ihm ganz besonders am Herzen liegen (Beifall bei der ÖVP).

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten zu den Bilanzen für 1952 und zu den Wirtschaftsplänen für 1954 der Städtischen Unternehmungen ohne die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen. Ein Antrag des Linksblockes wird gegen die Stimmen des Linksblockes und der WdU abgelehnt, der zweite Antrag des Linksblockes wird einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Vor der Abstimmung des Antrages der ÖVP ersucht der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, den Referenten um eine nochmalige Formulierung seiner Empfehlung. Stadtrat Dkfm. Nathschläger teilt mit, er empfehle, die Beratungen über eine Ermäßigung der Tarife im zuständigen Ausschuß aufzunehmen. Der Vorsitzende führt dazu aus, daß diese Empfehlung in einem Widerspruch mit der konkreten Formulierung des Antrages steht, daß die Strom- und Gastarife zu senken sind. Wenn der Antrag in dieser Form angenommen wird, bedeutet dies, daß der Gemeinderat den zuständigen Instanzen einen Auftrag erteilt. Bei der Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der ÖVP, des WdU und des Linksblockes abgelehnt.

Dank an Oberamtsrat Anton Bentsch

Zum Abschluß der Beratungen ergreift noch einmal Bürgermeister Jonas das Wort. Er spricht allen, die an der verantwortungsvollen Aufgabe mitgewirkt haben, den Haushaltsplan der Stadt Wien für 1954 zu beschließen, seinen Dank aus, besonders Stadtrat Resch und den übrigen Stadträten. Der Bürgermeister dankt ferner den Mitgliedern des Gemeinderates, die den Voranschlag mit großer Sorgfalt behandelt haben und dabei Anregungen und Kritiken vorbrachten, die befruchtend und belebend auf die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung einwirken werden. Unter den Beamten, die sich um die Vorarbeiten besonders verdient gemacht haben, nennt der Bürgermeister Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Obersenatsrat Dr. Gall, Senatsrat Dr. Binder, Amtsrat Riedl und Kontrolldirektor Dr. Leppa sowie deren Mitarbeiter.

Der Bürgermeister würdigt ferner die außerordentliche Leistung der Stenographen, die Tätigkeit der Pressevertreter, der Pressestelle und des Präsidialbüros. Bei dieser Gelegenheit zollt der Bürgermeister Oberamtsrat Anton Bentsch unter allgemeinen starken Beifall besondere Anerkennung. Oberamtsrat Bentsch steht seit 1909 im Präsidialdienst und bearbeitet seit einer langen Reihe von Jahren mit besonderer Gewissenhaftigkeit die Vorlagen für den Stadtsenat, den Gemeinderat und den Landtag. Seine besondere Befähigung und Umsicht kam heuer zum letzten Mal dem geordneten Ablauf einer Budgetverhandlung zugute.

Der Dank an die Wiener Bevölkerung

Abschließend sagte der Bürgermeister: Unser Wirken in der Gemeindeverwaltung wäre nie so erfolgreich gewesen, wenn wir nicht hierbei zu jeder Zeit die opferbereite Mitarbeit und die verständnisvolle Unterstützung der Wiener Bevölkerung gefunden hätten. (Allgemeiner Beifall.) Ohne diese Mitarbeit und ohne diese Unterstützung hätte das ~~harte~~ Werk des Wiederaufbaues nicht im entferntesten jene Ergebnisse zeitigen können, die uns heute mit berechtigtem Stolz erfüllen! Auf dieser festen Grundlage wollen wir unermüdlich weiterbauen und uns dabei in gut demokratischem Geiste immer bewußt bleiben, daß wir nicht die Herren, sondern die Diener des Volkes sind! Der Bürgermeister wünschte den Mitgliedern des Gemeinderates und allen Wienerinnen und Wienern ein frohes Weihnachtsfest und vieles Glück im Neuen Jahr!!! Jenen unserer Mitbürger aber, die noch immer als Gefangene in der Fremde festgehalten werden, entbot der Bürgermeister in der Hoffnung auf ihre endliche Heimkehr Grüße ihrer Vaterstadt. (Allgemeiner Beifall)!

Um 16.40 Uhr schließt der Bürgermeister die Sitzung. Die Gemeinderäte erheben sich von ihren Sitzen und die Fraktionsführer der im Gemeinderat vertretenen Parteien, GR. Lötsch für die SPÖ, GR. Mühlhauser für die ÖVP, GR. Lauscher für den Linksblock und GR. Wicha für die WdU, überbringen dem Bürgermeister die Glückwünsche ihrer Parteien.

47.5 Kilometer Budgetdebatte
=====Statistik der Beratungen über den Voranschlag 1954

19. Dezember (RK) 58 Stunden und 9 Minuten dauerten die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen.

Insgesamt sprachen 59 Redner. Die Referate der 12 Bericht-erstatte r nahmen 21 Stunden und 17 Minuten in Anspruch. In der Debatte sprach ein parteiloser Redner 17 Minuten, 10 Redner der WdU 4 Stunden und 13 Minuten, 13 Redner des Linksblockes 16 Stunden und 9 Minuten, 11 Redner der ÖVP 8 Stunden und 48 Minuten ; und 11 Redner der SPÖ 7 Stunden und 15 Minuten. Die Schlußworte des Bürgermeisters nahmen 10 Minuten in Anspruch. Das kürzeste Referat hielt Stadtrat Koci mit 27 Minuten, das längste Referat entfiel auf Stadtrat Dkfm. Nathschläger mit 115 Minuten. Wie im Vorjahr hält auch heuer Dr. Matejka den Rekord mit der längsten Rede von 152 Minuten zum Kapitel Kultur und Volksbildung. Die kürzeste Rede hielt Dr. Soswinski mit 5 Minuten zu "Bilanz und Bedeckung". Die gesamte Budgetdebatte wurde auch auf Tonband aufgenommen. Die Länge des Tonbandes beträgt 47.5 Kilometer, das entspricht ungefähr der Entfernung Wien - Wiener Neustadt.